

blickpunkt

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Euphorie und Sozialabbau

Während der letzten Wochen durchwehte eine gigantische WM-Euphorie das Land. Die Begeisterung für fröhliche Spiele war auch in unserer Stadt unübersehbar. Spaß am Fußball überall.

In dieser Zeit wurde vieles verdrängt. Aber die ökonomischen Grundprobleme bleiben. Die wirtschaftliche Wachstumschwäche, der Abbau von Arbeitsplätzen, die Expansion des Niedriglohnsystems mit dem Disziplinierungsinstrument ALGII sowie neoliberale Umverteilung zugunsten der Gewinne und zu Lasten der Masseneinkommen spüren wir täglich.

Dazu kommen neue Horrormeldungen: Die Allianz will trotz Supergewinnen 7500 Stellen streichen. In Frankfurt wird die Niederlassung der Lebensversicherung komplett geschlossen. „Damit fällt jede zweite der etwa 2000 Stellen in Frankfurt weg“, erklärte die Gewerkschaft Verdi. Diejenigen, die dem Allianz-Konzern zu den hohen Gewinnen verholfen haben, werden jetzt entlassen.

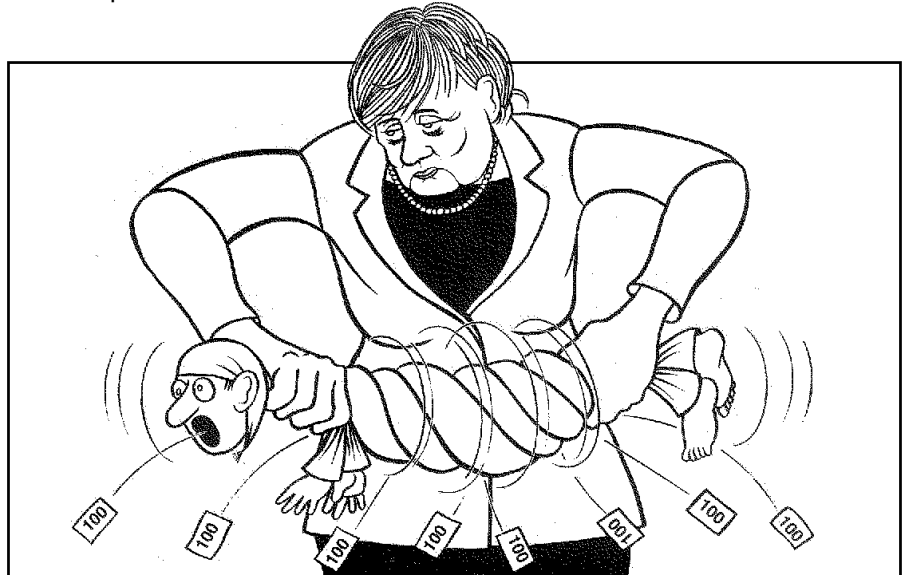
Was nützt es da, wenn in den WM-Wochen immer wieder die Psychologie als neue Produktivkraft nach dem Motto beschworen wurde: Die Stimmung springe auf die Wirtschaft über, die einen WM-Bonus bei den geplanten Investitionen drauflegen und neue Arbeitsplätze einrichten werde. Und bei den Konsumenten tobe sich endlich wieder die Kaufkraft aus. Diese Stimmungsmache scheidet aber an den ökonomischen Verhältnissen.

Wer arbeitslos ist und über kein ausreichendes Einkommen verfügt, kann den Konsum nicht ausweiten. Bestimmend ist nicht die WM-Euphorie, sondern die harte Tatsache der Erhöhung der Mehrwertsteuer, die die Massenkaufkraft sowie den Mittelstand und das Handwerk

belastet. Ein Beschäftigungswunder war nicht erkennbar: Massenhaft eingestellt wurde während der WM nur im Niedriglohnsektor und das auch nur zeitlich befristet. Gewinner war ein neuer Zweig der Dienstleistungsökonomie: die Eventproduzenten, die die Fanmeilen und Übertragungszentren in den Städten organisierten. Dieser Wachstumsschub ist jedoch gering. Die Konjunktur wird schon 2007 vor allem wegen der Mehrwertsteuererhöhung deutlich zurückfallen. Fakt aber ist: Im Klima des WM-Fiebers konnte man handstreichartig und kaum beobachtet weitere soziale Grausamkeiten durchpauken. Auf Platz eins steht der

radikale Wechsel bei der Finanzierung des Gesundheitssystems; erneut sind die Unternehmen durch Reduzierung ihrer Beiträge die Gewinner. Auch werden wieder die Weichen für eine gigantische Entlastung bei der Unternehmensbesteuerung gestellt.

Was im alten Rom zur Befriedigung der Massen „Brot und Spiele“ waren, ist heute die WM-Euphorie. Sie wurde politisch missbraucht. Das Fußballspektakel zu genießen, sei jedem gegönnt. Worauf es jedoch ankommt, ist, nicht zuzulassen, dass die Bundesregierung klammheimlich die Reste des „Sozialstaates“ weiter demontiert.



Der Bundestag hat das Haushaltsgesetz für das Jahr 2006 beschlossen. Der Beschluss geht einher mit dem Entwurf des Steueränderungsgesetzes für 2007, mit dem CDU/CSU und SPD den Bürgerinnen und Bürgern erneut kräftig in die Tasche greifen: mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Versicherungssteuern um 3 Prozent, mit der radikalen Kürzung der Pendlerpauschale, mit der erheblichen Senkung des Sparerfreibetrages, mit der Minderung des gesetzlichen Anspruchs auf staatliches Kindergeld um zwei Jahre. Der Haushalt 2006 geht einseitig zu Lasten der sozial Schwachen, der Gering- bzw. Normalverdiener und Rentner und führt zu sinkender Kaufkraft.

Der Lehrstellenmangel bleibt ein Skandal

Um das Thema Ausbildungsplatzmangel ist es in der Öffentlichkeit erstaunlich still geworden. Das bedeutet aber nicht, dass sich - etwa aufgrund des von Regierung und Wirtschaft geschlossenen „Ausbildungspaktes“ die Lage wirklich gebessert hätte - im Gegenteil! Der zwischen der damaligen SPD/Grünen Regierung und der Wirtschaft vereinbarte Ausbildungspakt ist gescheitert. Im vergangenen Jahr ist die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze erneut um 2,2 Prozent gesunken. Die Bundesagentur für Arbeit meldete jetzt: Es fehlen 220.000 Ausbildungsstellen (2005: 170.000).

Durch den Lehrstellenmangel bedingt sind inzwischen über 1,3 Millionen Jugendliche in ganz Deutschland ohne eine qualifizierte Ausbildung. Die damit einhergehende gesellschaftliche Ausgrenzung führt viele Jugendliche in eine prekäre und menschenwürdige Zukunft. Im Kreis Groß-Gerau muss für das Jahr 2006 von einer weiteren Zuspitzung des Mangels an Ausbildungsplätzen ausgegangen werden. Die bis jetzt bekannten Zahlen geben Anlass zu großer Sorge. Generell ist ein deutlicher Rückgang der

bei der Bundesagentur gemeldeten Ausbildungsstellen zu verzeichnen. Beispiel: An der Martin-Niemöller-Schule hatten von 107 SchülerInnen, die die Schule nach der 9. Klasse verlassen gerade einmal 4(!) einen Ausbildungsplatz. Für Rüsselsheim zeichnet sich eine besonders dramatische Situation ab. Schwerpunktartig vom Ausbildungsplatzrückgang betroffen sind hier (Stand April 06) die Ernährungsberufe (-53,8%), die Waren- und Dienstleistungskaufleute (-37%), die Berufe im Bereich Körperpflege, Gästebetriebe, Hauswirtschaft und Reinigungsberufe (-25,9%) sowie die Bau- und Baunebenberufe (-22,2%). Diese Zahlen zeigen, dass gerade in den Sparten, die bisher noch Ausbildungsmöglichkeiten für Hauptschüler boten, sich der dramatischste Schwund vollzieht. Bereits heute sind von 665 jungen Menschen unter 25 Jahren, die bei der Rüsselsheimer Arge als arbeitsuchend gemeldet sind, 537 ohne Berufsausbildung. Dieser sozialpolitische Skandal verdeutlicht, dass die vielgerühmten Marktkräfte das Ausbildungsproblem ohne gesellschaftliche Regulierung nicht lösen können.

Es wird alles teurer

Der Bundesrat hat den Weg für die größte Steuererhöhung der Geschichte der Bundesrepublik frei gemacht. Die Länderkammer billigte das Haushaltsbegleitgesetz mitsamt der darin enthaltenen Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozent ab 2007.

Ab 1. Januar 2007 müssen Verbraucher bei Einkäufen tiefer in die Tasche greifen. Der Bundesrat billigte die im Mai vom Bundestag verabschiedete Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent. Ebenso wird die Versicherungssteuer angehoben. Dafür wird der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung um zwei auf 4,5 Prozent abgesenkt. Der Fiskus erwartet Mehreinnahmen von 19,4 Milliarden Euro im ersten Jahr.

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück - ein Sozialdemokrat - verteidigte den Schritt, der vor allem die „kleinen Leute“ trifft, als „alternativlos“.

Die drei Länder mit FDP-Regierungs-beteiligung sowie die SPD-Linken Landesregierungen in Schwerin und Berlin votierten gegen das Gesetz oder enthielten sich.

„Anstand“

Der SPD-Vorsitzende Beck forderte mehr „Anstand“ von Hartz-IV-Empfängern. Damit reiht sich Beck ein in die derzeit geschürte Diffamierungskampagne von Langzeitarbeitslosen.

Selbst die von ihm angeführten Einzelfälle von Leistungsmissbrauch rechtfertigen nicht den Generalverdacht, dem ALG-II-Empfänger zunehmend ausgesetzt sind. Zumal es auch andere Beispiele gibt, von Familien, die ihre Wohnung verloren haben, weil das Amt die Kosten für die Miete nicht rechtzeitig überwiesen hat. Einzelbeispiele lassen sich schlecht verallgemeinern, es sei denn, man verfolgt wie der SPD-Vorsitzende einen politischen Zweck, die Mitgliedschaft und die Klientel auf weiteren Sozialabbau einzuschwören.

Alle Studien gehen davon aus, dass es bei höchstens 2 bis 5% der Anspruchsberechtigten sogenannten Leistungsmissbrauch gibt. Vergleicht man das mit den rund 70 Milliarden Euro, die jährlich durch Steuerhinterziehung dem Staat verloren gehen, stellt sich die Frage des Anstands in ganz anderem Licht. Wenn nur die Hälfte eingetrieben werden würde, wären beispielsweise die Gesamtkosten für das ALG II im vergangenen Jahr gedeckt.



Gemeinsam gegen den Flughafenausbau

Bruchlandung?

Die französische Börsenaufsicht hat Ermittlungen im Zusammenhang mit den jüngsten Aktienbewegungen und möglichen Insidergeschäften bei EADS eingeleitet.

Noel Forgeard, Vorstandsvorsitzender des französisch-deutschen Luft- und Raumfahrtkonzerns EADS, wird verdächtigt, durch Insidergeschäfte Millionen-Gewinne eingestrichen zu haben. Rechtzeitig vor dem Absturz des EADS-Kurses an der Börse im Zusammenhang mit offiziell eingestandenem Lieferproblemen beim Star der Firma, des Riesenflugzeugs A 380, hat er ein Aktienpaket im Wert von mehr als sechs Millionen Euro verkauft und mindestens 2,5 Millionen Euro Gewinn gemacht. Seine drei Kinder haben sich ebenfalls von ihren Aktien im Wert von zusammen mehr als vier Millionen Euro getrennt und auch vier französische Spitzenmanager der Gruppe warfen ihre Anteile auf den Markt, um noch reichliche Profite zu kassieren.

Bis 2010 muss Airbus jetzt wohl je 500 Millionen Euro, also zusammen zwei Milliarden Euro Vertragsstrafe an betroffene Fluggesellschaften zahlen. Die Manager werden ihre hohen Gehälter nicht für die hohen Entschädigungen an die potentiellen Kunden opfern müssen - dafür gibt's ja dann die Steuerzahler.

Der Riesenvogel A380 selbst könnte sich zu einem Desaster für EADS und für die demnächst 100prozentige EADS-Tochter Airbus entwickeln.

Es geht nicht nur um Verzögerungen bei der Auslieferung. Das gesamte Projekt des 600-Personen-Jumbo wird zunehmend fragwürdig.

Dieser rechnet sich nur, wenn sich zum einen der Flugverkehr in den nächsten zwölf Jahren ein weiteres Mal verdoppelt, und wenn es zum anderen gelingt, einen erheblichen Teil der Fluggastzahlen auf relativ wenige Airports zu konzentrieren.

Boeing dagegen setzt mit dem neuen Modell 787 („Dreamliner“), das bereits 2008 ausgeliefert wird, auf eine weit breiter gefächerte Struktur des zukünftigen Weltflugverkehrs.

Seit 2005 liegt Boeing bei den Neubestellungen wieder vor EADS-Airbus. Bei EADS hofft man nun, daß die Einbrüche im zivilen Geschäft ausgeglichen werden durch den anschwellenden Strom der Rüstungsaufträge, insbesondere durch den Bau des Militärtransporters A400M.

Herzlichen Dank allen, die dem „blickpunkt“ helfen.

**Das „blickpunkt“-Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto 9003419, BLZ 50852553**

DKP/LL setzt durch:

Ausschuss gegen Flughafenerweiterung bleibt

Die Grünen haben sich mit der SPD auf einen „Umweltausschuss“ verständigt, der die Themen Ver- und Entsorgung und Flughafen bearbeiten soll. Die DKP/Linke Liste hat darauf hingewirkt, dass der Ausschuss weiterhin ausdrücklich die Orientierung „gegen Flughafenerweiterung“ im Namen trägt. Wir sehen darin mehr als einen Namen, sondern schon ein Stück Programm, das nicht verloren gehen darf!

Auf ausdrücklichen Hinweis der DKP/LL wurde zugesichert, dass zu Fragen, die den Flughafenausbau betreffen, auch weiterhin die BI gegen den Flughafenausbau eingeladen wird und Rederecht hat.

Darauf werden wir auch weiter achten, damit nicht die „Aufwertung“, als die SPD und Grünen den „Umweltausschuss“ verkaufen wollen, zum Rückschlag für die offene und aktionsorientierte außerparlamentarische Orientierung des bisherigen „Ausschusses gegen Flughafenerweiterung“ wird.

Ein Stück der breiten Einmündung der Friedrichstraße in den Steinweg wurde dem Straßenverkehr entzogen, zunächst durch bepflanzte Blumenkübel, später - sollte sich das Konzept bewähren - durch eine feste Aufpflasterung.

Malerisch ist es schon jetzt ein wenig, und ganz nebenbei hat man damit möglicherweise einen Unfallschwerpunkt entschärft.

Mancher fühlt sich durch die Blumenkübel an die Straßensperren der Startbahneinmündungen erinnert, andere bezweifeln, ob sich der Kaffeegarten mitten auf der Straße gegenüber anderen Straßencafés behaupten wird. Oft wird auch die Frage gestellt, wer denn das alles bezahlt. Aus Kreisen der Stadtverwaltung wird aber glaubhaft versichert, alles habe seine Ordnung und ginge auf Kosten des Brasseriebetreibers. Lediglich die Pflanzkübel hätten ohnehin nutzlos auf dem Bauhof herumgestanden, und man habe sie mit städtischen Transportmitteln herangefahren.





Die Sanierung des Jagdschlusses Mönchbruch beginnt

Die Sanierung des Jagdschlusses Mönchbruch beginnt, wenn auch nur im hinteren Teil.

Wie zu erfahren war, wurde am 22. Juni mit der Sanierung und dem Umbau des ersten, östlich gelegenen Nebengebäudes, der drei im hinteren Teil stehenden sogenannten Kavaliershäuser, begonnen. Die jetzigen Eigentümer, die Familie Grote, der auch die gegenüberliegende Mönchbruchmühle (Restaurant und Hotel) gehört, möchte, nachdem sie endlich grünes Licht vom Denkmalschutz und Kreisbauamt bekommen hat, diese Gebäude hotel- oder pensionsähnlich als „boarding-house“ nutzen. Die ursprünglichen Pläne, das denkmalgeschützte Schloss zu einem Romantik-Hotel umzubauen oder einen Hotel-Neubau auf dem rückwärtigen Gelände zu errichten, sind gescheitert. Leider gibt es für das gesamte Gelände, einschließlich vorderem „Ökonomietrakt“, kein Konzept. Gerade dieser an der Straße liegende Teil - Blickfang und markantes Bild von Mönchbruch - sollte nicht weiter verkommen. Zumindest dieses Gebäude einschließlich Hof darf der Öffentlichkeit nicht länger verschlossen bleiben. Ein Gespräch zwischen den Eigentümern, dem Förderverein und Vertretern der öffentlichen Hand sollte bald zustande kommen um eine beide Seiten zufriedenstellende Lösung zu finden.

Die umliegenden Städte, der Kreis und nicht zuletzt das Land Hessen sind jetzt gefordert. Sie sind nicht frei zu sprechen, wenn der Verfall dieses Kleinodes weiter voranschreitet. Stadt und Kreis werben ständig in Veröffentlichungen mit der

„Naturidylle“ Mönchbruch und Bildern vom Jagdschloss. Grund genug hier mehr Engagement an den Tag zu legen. Der Hessischen Landesregierung kann man - und das immer wieder - den Vorwurf nicht ersparen, dass sie schon zu Zeiten einer absoluten SPD-Mehrheit, solche Kulturgüter privatisierte und sich schon 1947 aus der Verantwortung gestohlen hat. Schon damals nahm das Schicksal seinen Lauf, denn nachdem die Vorläufergesellschaft der heutigen Fraport AG, die Flughafen AG, 1968 das Objekt von der Inneren Mission zu einem „Bestechungspreis“ erwarb um Einsprüche beim Bau der Startbahn-West zu vermeiden, wechselte das Anwesen noch fünf mal den Besitzer. Alle hatten nur private Gewinn- und Abschreibungsinteressen. Wer die sehr unterschiedlichen Verkaufspreise und die Verkaufsinteressen, aber auch die Grundbucheintragungen heute liest, denkt an eine „Spekulanten-Story“ wie sie das Fernsehen nicht besser bringen könnte. Alle sieben Besitzer nach 1947, der heutige eingeschlossen, hatten nicht im Sinn das gesamte denkmalgeschützte historische Fachwerk-Ensemble zu erhalten, zu restaurieren und der Öffentlichkeit in irgendeiner Art oder in Teilen zugänglich zu machen. Auch die umliegenden Städte und Gemeinden und der Kreis Groß-Gerau, ließen bisher nicht erkennen, dass ihnen das Jagdschloss Mönchbruch am Herzen liegt, obwohl viele ihrer Bürger, das ganze Jahr über, dieses und das umliegende Naturschutzgebiet als Ausflugsziel wählen. Vor neun Jahren hat sich der Förderverein „Umwelt und Kulturzentrum Jagd-

schloss Mönchbruch“ gebildet. Von Anfang an stand die Einrichtung eines Umwelt- und Kulturzentrums und nicht zuletzt die Erhaltung und Rettung des Anwesens vor dem Verfall im Vordergrund. Das sollte auch in Zukunft so bleiben. An diese Ziele sollte sich der Verein in Zukunft wieder mehr erinnern und immer wieder den Gedanken in die Parlamente der Kommunen, des Kreises und des Landes bringen, sowie den Bürgermeistern, dem Landrat und der Landesregierung nahe legen. Die Idee oder gar die Vision sollte auch mehr die Öffentlichkeit erreichen. Die verflochtenen gut besuchten Kulturtage mit einer Fülle von Veranstaltungen hätten hierzu beste Gelegenheit geboten.

Heinz Hechler

Volkshochschule wird weiter abgebaut

Die wechselvolle Geschichte der VHS spiegelt die politischen und finanziellen Situationen der öffentlichen Hand wider. Als Bildungseinrichtung für Erwachsene konzipiert, musste sie im Laufe der Zeit ständig den Bedürfnissen und Wünschen der Bevölkerung angepasst werden.

Weniger die Freizeit- und Hobbykurse standen und stehen im Mittelpunkt, sondern die Ergänzung der schulischen und beruflichen Bildung. Dafür half das Land finanziell. Um die Nähe zu den Bürgern, die Beratung vor Ort zu verbessern, betrieb man die VHS kommunal. Die allgemeine Mittelverknappung der öffentlichen Haushalte zwang die örtliche VHS in die Kreis-VHS. Das Land zog sich aus der Finanzierung zurück. Damit nicht genug organisierte sich die KVHS neu. Sogenannte Center für bestimmte Aufgabenfelder entstanden. Unsere Stadt beherbergte die sprachliche Bildung (Fremdsprachen und Deutsch als Fremdsprache). Von hier aus sollte kreisweit das Bildungsangebot gesteuert werden. Doch Sparen ließ auch dieses Organisationsmodell sterben. Die Bestrebung, die gesamte KVHS in Groß-Gerau zu bündeln soll die Finanzsituation verbessern. Klar ist, auf der Strecke bleibt die Bürgernähe. Die Stadtbüros werden wohl die Anmeldungen zu Kursen entgegen nehmen, beraten werden sie wohl nicht. Und die Betreuung bei Kursbeginn war in jüngerer Vergangenheit auch schon nicht mehr gegeben. Vorwärts, es geht einen weiteren Schritt zurück!

R. D.

Kultur-Mediation

Sie erinnern sich an den Gesetzentwurf zum Kulturpflichtverband. Mit ihm soll ein Finanzausgleich geschaffen werden zwischen den Kulturzentren und den Umlandgemeinden. Beispiel: unsere Stadt müsste sich an den Kosten von Museen und Theatern der Stadt Frankfurt beteiligen. Ca. 600.000 Euro jährlich kämen auf den Stadtkämmerer zu. Sie würden die eigenen Anstrengungen für ein kommunales Kulturangebot unmöglich machen.

Weil alle Umlandkommunen – egal von welchen Parteien sie regiert werden – gegen dieses Gesetz Sturm laufen, ist jetzt eine Mediation gestartet worden. Die Mediatoren (Vermittler/Schlichter) sind neben Landesminister Corts (CDU), der ehem. Kultusminister Holzapfel (SPD), 12 Landräte, Bürgermeister, Stadträte, der Chef von Städel und Schirn, die Intendanten vom Theater in Wiesbaden und Darmstadt. Für die Wirtschaft gehört Fraportchef W. Bender dem Gremium an. Abgesehen von der Zusammensetzung des Gremiums (was haben Intendanten und Museumsleiter mit dem Finanzausgleich zu tun, welche Interessen verfolgt die Wirtschaft?), kommt wohl ein Kompromiss heraus. Man braucht kein Prophet zu sein, dass dies eine finanzielle Belastung für die Umlandgemeinden bedeutet. Damit werden die vielfältigen kulturellen Initiativen abgewürgt oder zumindest stark eingeschränkt. R. D

„Marketing“

Imagepflege und Wirtschaftsförderung produziert immer neue Kuriositäten. Die „Regionalwerkstatt“ – ein Gremium, das von der Wirtschaftsinitiative „Frankfurt RheinMain“ organisiert wird – hat vorgeschlagen, ein Wahrzeichen an der Mündung des Mains bei Ginsheim-Gustavsburg zu errichten. Es soll so groß sein, dass man es aus dem Flugzeug erkennen kann. Die 160 Unternehmen, die der Wirtschaftsinitiative angehören, sollen nun Geld locker machen, damit ein Künstlerwettbewerb gestartet werden kann. Bedenken gegen dieses monströse Kunstwerk hat die Anliegerkommune. Zur Zeit entsteht dort eine Terrasse als Aussichtsplattform nach Mainz. Diese Bautätigkeiten finanziert der Regionalpark (getragen von den Kommunen und Sponsoren aus der Region). Andere „Spinnereien“ kommen aus den Köpfen der Marketingleute. Sie reichen vom Taschen-

kalender über Markierungsstäbe an den Ortseingängen bis zum Kochbuch, in dem die Bürgermeister ihre Lieblingsrezepte verbreiten können. Man darf sich über die Geschichte lustig machen. Doch vergeht einem das Lachen, wenn man bedenkt, dass andererseits für dringend benötigte soziale und kulturelle Dinge Geld fehlt. rd

Teures Armutszeugnis

Wenn zwei sich streiten, lacht der Dritte. Und kassiert. So geschehen beim Streit zwischen dem Angelsportverein Walldorf (ASV) und der Interessengemeinschaft Rettungsdienst Badesees Walldorf (IRBW) über die Nutzung des Badesees. Der Krach dauert nun schon eine Weile, hat sich verschärft und verhärtet. Ein Vermittler, neudeutsch „Mediator“ wurde notwendig. Die Stadt hatte bei der Lösung der Aufgabe versagt - trotz dreißig-jährig-jubiläem und gewieftem Bürgermeister. Eigentlich verständlich, denn bei einer Mediation, so lesen wir im Internet-Lexikon Wikipedia, kommt es vor allem hierauf an: „Empowerment ... Recognition ... Neue Handlungsmöglich-

keiten durch Perspektivenwechsel, Konsens durch verständigungsorientierten Diskurs. Argumentationen strukturieren, Induktives Argumentieren und deduktives Argumentieren. Perspektiven für die lernende Organisation. Rollenverhalten aus Sicht der Transaktionsanalyse.“

In der Tat ein bisschen viel für einen wackern Provinzbürgermeister, der ja auch noch anderes zu tun hat. Zum Beispiel dem Hessischen Städte- und Gemeindebund vorzusitzen. Aber wie es sich so fügt: Dessen geschäftsführender Direktor, Karl-Christian Schelzke, stellte sich freundlicherweise persönlich als „externer Mediator“ zur Verfügung. Für tausend Euro - ein Schnäppchenpreis. Zahlen tut's die Stadt.

Seine Mediation ergab eine einfache Lösung des Problems, deren zentraler Punkt der Bau eines zweiten schwimmenden Angelstegs ist. Der kostet noch einmal 3800 Euro - einschließlich Montage. Rechnungszahler: wiederum die Stadt.

Das sind fast fünftausend Euro, um zwei von 200 Vereinen unserer Stadt an einen Tisch zu bringen und auf Kosten der Stadt ihre Probleme zu lösen. Ein Armutszeugnis für die Stadtverwaltung. Aber kein billiges.



Anfang Juni wurde der Müllberg im Mörfelder Oberwald für die Öffentlichkeit freigegeben. Die höchste Erhebung im Kreis Groß-Gerau bietet einen Ausblick ins Rhein-Main-Gebiet. Bei klarem Wetter geht der Blick vom Taunus bis zu den Rheinbergen der Pfalz und dem Odenwald. Noch sieht man von oben viel Wald. Der Anblick gaukelt allerdings eine heile Welt vor. Die riesigen Verkehrsadern von Autobahnen und Flughafen sind versteckt. Nur die hohen Gebäude deuten auf Industriegebiete und die landenden oder startenden Flugzeuge von Rhein-Main oder Egelsbach verraten die ungeheure Belastung von Mensch und Umwelt.

Anfrage der DKP/LL-Fraktion

Bebauung des Grundstücks Mörfelder-/Züricher-/Genfer-Str.

Seit einigen Monaten wird auf dem o.g. Grundstück gebaut. Nachdem eine Mehrheit des Stadtparlaments die von der „Nassauischen Heimstätte“ beabsichtigte und vom Bürgermeister und der SPD/FDP-Koalition vehement vertretene verdichtete Bebauung mit 32 Reihenhäusern abgelehnt hatte, werden jetzt laut Bauschild von einem anderen Bauträger an dieser Stelle nur noch 14 gebaut. Mündliche Anfragen dazu aus der DKP/LL-Fraktion blieben bisher unbeantwortet.

Wir fragen den Magistrat:

1. Wann wurde für das Bauvorhaben die Baugenehmigung erteilt?
2. Hat der Magistrat diesem Bauvorhaben zugestimmt oder hat der zuständige Dezernent das Einvernehmen erteilt?
3. Wurden die Anwohner des Baugrundstücks über diese Neubebauung der Fläche informiert?
4. Warum wurde die Stadtverordnetenversammlung davon nicht in Kenntnis gesetzt?

Sie interessieren sich für
Kommunalpolitik?
Sie wollen mehr wissen?
Sie wollen mitreden?

Rufen Sie uns an: 23366

Im Internet finden Sie uns unter:

www.dkp-mw.de

Sozialpass dauert noch

Laut Stellungnahme des Sozial- und Wohnungsamts auf unsere Anfrage zum „Sozialpass“ wird zurzeit ein „Sachbericht mit Grundlagenmaterial und Umsetzungsvorschlägen“ fertiggestellt und den politischen Gremien vorgelegt. Es wäre schön, wenn noch im laufenden Jahr was Konkretes passieren würde. Vielleicht können ja die Grünen, die den Beschluss für einen Sozialpass mitgetragen hatten, in der neuen Koalition mit der SPD die Sache etwas beschleunigen.

Anfrage der DKP/LL-Fraktion

Auswirkungen der Mehrwertsteuererhöhung

Im Mai hat die CDU/CSU/SPD-Koalition im Bundestag beschlossen, die Mehrwertsteuer zum 1. Januar 2007 um 3% zu erhöhen.

Wir fragen den Magistrat:

Welche Auswirkungen hat die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16% auf 19% auf den Haushalt unserer Stadt, die hier angesiedelten Unternehmen und die Einwohnerinnen und Einwohner?

„Stolpersteine“ sind in Arbeit

Eine umfangreiche Antwort gab es auf unsere Anfrage zu den „Stolpersteinen“. Hans-Jürgen Vorndran gab als Projektbearbeiter für den Förderverein Jüdische Geschichte und Kultur im Kreis Groß-Gerau eine Stellungnahme ab. Sie zeigt, dass in Sachen „Stolpersteine“ engagiert gearbeitet wird. Die meisten Wohnungen jüdischer Einwohner von Mörfelden und Walldorf sind inzwischen bekannt, es gab ein Gespräch mit den heutigen Eigentümern der Hausgrundstücke. Ein Aufruf zur Übernahme von Patenschaften ist geplant. Wegen der großen Nachfrage bei dem ausführenden Künstler Gunter Demnig, Köln, ist nicht vor 2007 mit dem Setzen der ersten Steine zu rechnen. HJV schlägt vor, über den Sachstand des Projektes „Stolpersteine gegen das Vergessen in Mörfelden-Walldorf“ im Kulturausschuss an Hand der erarbeiteten Präsentation ausführlich zu berichten. Wir halten das für eine gute Idee

P.S.: Dass die ehemaligen Schulkolleginnen und -kollegen von Ilse Mainzer (Jahrgang 1927/28) bereits im Dezember letzten Jahres die Patenschaften für die zwei „Stolpersteine“ für Ilse Mainzer und ihre Mutter Henriette übernommen haben, steht nicht im Bericht. Das ist möglicherweise von einem SPD-Mann zu viel verlangt, müsste er doch damit auch das Engagement von Heinz Hechler - lange Jahre für die DKP im Stadtparlament und Magistrat aktiv - benennen, der in seinem Jahrgang für diese Patenschaften geworben hat.

Resolution gegen Studiengebühren beschlossen

Mit großer Mehrheit wurde in der Stadtverordnetenversammlung folgender Dringlichkeitsantrag der DKP/LL-Fraktion beschlossen. Sogar zwei CDU-Stadtverordnete – als Studenten von der Sache betroffen – stimmten zu.

Bildung für alle statt soziale Selektion

Die Stadtverordnetenversammlung Mörfelden-Walldorf fordert die Hessische Landesregierung und den Hessischen Landtag auf, den Beschluss zur Einführung von Studiengebühren aufzugeben. Die Einführung von Studiengebühren ist nach unserer Auffassung ein Verstoß gegen Artikel 59 der Hessischen Verfassung, in dem Unterrichtsgeldfreiheit an Schulen und Hochschulen festgeschrieben ist. Darin heißt es:

„(1) In allen öffentlichen Grund-, Mittel-, höheren und Hochschulen ist der Unterricht unentgeltlich. Unentgeltlich sind auch die Lernmittel mit Ausnahme der an den Hochschulen gebrauchten. (...) (2) Der Zugang zu den Mittel-, höheren und Hochschulen ist nur von der Eignung des Schülers abhängig zu machen.“
Mit der Einführung von Studiengebühren wird sich die in den letzten Jahren ohnehin rückläufige Zahl von Studentinnen und Studenten aus Arbeitnehmerhaushalten weiter negativ entwickeln. Davon wären insbesondere auch zahlreiche Jugendliche aus unserer Stadt betroffen. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Proteste der Betroffenen und erwartet, dass die Landtagsabgeordneten aus der Region im Sinne einer Verhinderung von Studiengebühren aktiv werden.“

Wer will den „blickpunkt“ mit der Post?

Manchmal beklagen sich Leute, sie hätten keinen „blickpunkt“ erhalten. Dem kann man abhelfen! Wer den „blickpunkt“ sofort nach Erscheinen zugeschickt haben will, bezahlt 15,- Euro pro Jahr auf das Konto: Kreissparkasse Groß-Gerau, Konto-Nr. 9003419, BLZ 50852553. Stichwort „Zusendung“. Dann kommt der „blickpunkt“ per Post.

Bürgermeisterwahl

Nach der Kommunalwahl hat Bürgermeister Brehl erklärt, dass er sich nicht noch einmal zur Wahl stellt. Ursache war die Wahlniederlage der SPD, die ihr Wahlziel „Absolute Mehrheit“ weit verfehlte. Jetzt soll Heinz Peter Becker als Bürgermeisterkandidat retten, was zu retten ist. Die Grünen haben als Koalitionspartner der SPD ihre Unterstützung zugesagt. Die CDU präsentiert mit Bernd Körner einen „großen Unbekannten“, der sich als Herausforderer des SPD-Kandidaten präsentiert.

Die DKP/Linke Liste berät zurzeit ihre Herangehensweise. Vieles spricht dafür, das Feld nicht den Parteien des Sozialabbaus und der Haushaltssanierung auf Kosten der „kleinen Leute“ zu überlassen. Die Linke hat keine Veranlassung, Wahlkampf für den Kandidaten der SPD/Grünen-Koalition zu machen. Diskutiert

wird, mit einem eigenen Kandidaten und einem offensiven Wahlkampf vor allem gegen den Kandidaten der CDU in den Bürgermeisterwahlkampf einzutreten.



Die gute Nachricht

Diakonie-Chef Jürgen Gohde musste gehen, nachdem er sich öffentlich für Kürzungen beim Arbeitslosengeld II ausgesprochen hatte. Der Diakonische Rat, sah die Grundlage für eine „weitere gezielte Zusammenarbeit“ gestört. Von der Arbeiterwohlfahrt, deren Vorsitzender den selben offenen Brief unterschrieben hat, hört man solches nicht. Sozialdemokraten sind derlei Konsequenzen fremd. Es wäre interessant, mal zu hören, was die örtlichen SPD- und AWO-Vertreter dazu meinen. Da man bisher keinen Widerspruch gehört hat, muss man annehmen, die Meinung des Vorsitzenden ist in der AWO Mehrheitsmeinung. Das wäre eine schlechte Nachricht.

AUS DEM KREISTAG

SPD/Grüne Koalition

SPD und Grüne haben in Mörfelden-Walldorf eine Koalitionsvereinbarung für die Wahlzeit 2006–2011 unterschrieben. Den Ausschlag hat sicher gegeben, dass die SPD dem Koalitionspartner den Zugriff auf das Amt des Ersten Stadtrats zugesichert hat, wenn der SPD-Kandidat im nächsten Jahr als Bürgermeister gewählt wird. Die Grünen haben deshalb die geforderte Unterstützung des SPD-Kandidaten zugesagt. Wie man hört, soll Franz Urhahn schon ab 1. August im Alten Rathaus in Mörfelden ein Büro als Sozialdezernent beziehen.

Den gesamten Inhalt des Koalitionsvertrags können wir hier nicht kommentieren, wir werden aber von Fall zu Fall darauf eingehen. Was wir der SPD geschrieben haben gilt auch für eine SPD/Grüne Koalition: Wo sie und die von ihr geführte Verwaltung Vernünftiges tut, kann sie mit unserer Unterstützung rechnen. Wo nicht, werden wir uns als linke Opposition kritisch äußern und unsere Alternativen einbringen. Wir sind gespannt, was die neue Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung den Bürgerinnen und Bürgern bringt.

Im Mai war in der Lokalpresse zu lesen: „Baugenossenschaft „RIED“ verkauft knapp 360 Wohnungen“

Die Linkspartei. Offene Liste brachte dazu im Kreistag folgende Anfrage ein:

1. Inwieweit ist der Kreis an der dahingehenden Entscheidung des Vorstands bzw. der Vertreterversammlung der Baugenossenschaft „RIED“ beteiligt?
2. Trifft es zu, dass der Kreis in früheren Jahren Wohnungen an die Baugenossenschaft „RIED“ übertragen bzw. verkauft hat?
3. In welchem Umfang und zu welchen Bedingungen war das der Fall?
4. Sind Wohnungen aus diesem Kontingent vom Verkauf betroffen?
5. Sind von dem angekündigten Verkauf auch Wohnungen betroffen, bei denen der Kreis ein Belegungs- oder Vorschlagsrecht hat?
6. Wie geht der Kreisausschuss mit Fällen um, in denen Beschäftigte der Kreisverwaltung als Mieter von den Folgen eines Verkaufs betroffen sind?
7. Wie viele Wohnungen aus ihrem Bestand hat die Baugenossenschaft „RIED“ seit 2001 verkauft?
8. Hält es der Kreisausschuss für richtig, dass die Baugenossenschaft „RIED“ in diesem Umfang Wohnungen verkauft, die zu einem hohen Anteil aus öffentlichen Mitteln finanziert wurden?

9. Wie viele Mieter privatisierter Wohnungen der Baugenossenschaft „RIED“ haben nach Mieterhöhungen bereits eine Aufforderung der ARGE erhalten, sich um eine andere („angemessene“) Wohnung zu bemühen?

Eine Antwort liegt noch nicht vor. Die in der Lokalpresse zitierte Aussage des Kreis-Sprechers, es sei nicht Aufgabe des Kreistages sich mit diesem Thema zu beschäftigen, weisen wir zurück. Als Kreistagsfraktion wird DIE LINKE. Offene Liste im Interesse der Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft immer wieder Themen aufgreifen, die der Kreisverwaltung lästig sind. GS

Weitere Informationen über die Arbeit der linken Kreistagsfraktion bei:

*Gerd Schulmeyer
Wolfsgartenstraße 2
64546 Mörfelden-Walldorf
Telefon 06105/23366*

*Helmut Werner
Am Hermannsberg 79
64521 Groß-Gerau
Telefon 06152/82870*

*Marianne Flörsheimer
Uranstraße 7
65428 Rüsselsheim*

Stadtgeschichten



Die Bäckerei Knoblauch befand sich bis Ende der 1950er Jahre in der Langgasse Nr. 37 in Mörfelden. Es war lange Jahre das Haus in Mörfelden mit dem Storchennest auf dem Kamin. Georg Jakob Wilhelm Knoblauch III führte die Bäckerei und nebenbei seine Landwirtschaft. Auf dem Foto, etwa aus dem Jahre 1925, steht „de Knowelochs Bäcker in seuner Backstubb“, in voller Größe, wie ihn noch ein paar alte Mörfelder kennen. In den Händen hält er gerade den Schießer, um die links im Kasten aufgemehlten Tüchern vorbereitete liegenden Brotlaibe in den Backofen einzuschließen (einzuschieben). Oben quer vor dem Backofen und auf der rechten Seite befinden sich noch weitere Schießer in unterschiedlicher Größe für verschieden große Backwaren. Gebacken wurde in einem Steinbackofen, beheizt mit Reisig, auch Wellen genannt, Holz und Brikett. Rechts steht auch die Schaufel zum Einbringen der auf dem Boden liegenden Briketts. Einen Verkaufsladen hatten die Knoblauchs nicht – verkauft wurde in der Küche neben der Backstube. Das Zimmer über dem Backraum war Mehllager und wegen der Wärme gleichzeitig Trockenraum für das Dörrobst. Im Jahre 1930 hatte Mörfelden etwa 5000 Einwohner und neun Bäckereien, heute haben wir 16000 Einwohner und nur noch eine Bäckerei in herkömmlichem Sinne. Die meisten Bäcker konnten damals ohne ihre Landwirtschaft nicht existieren. So hatten auch Bäcker Knoblauch und seine Frau Marie geb. Winson zusätzlich ein Pferd, eine Kuh, ein Schwein und viele Hühner zu versorgen und ihre Äcker und Wiesen zu bearbeiten.



Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden im Juli/August 2006:

13. Juli
Rettet das Vinyl Schallplattenabend.
Lieder mit dem Anfangsbuchstaben M.
Beginn: 20 Uhr
22. Juli
Karaoke-Night
geöffnet ab 20 Uhr, Singen ab 21 Uhr
30. Juli
Familienfrühstück Kinderprogramm:
Frido der kleine Germane, 9:30 - 12:30 h
10. August
Rettet das Vinyl Schallplattenabend.
Lieder mit dem Anfangsbuchstaben N.
Beginn: 20 Uhr



KuBa

12. August
„Das Auge isst mit“
Kurzfilmnacht und Barbecue
Essen ab 19 Uhr
Filme ab 21:15h
14. August
HörBar: „Tatverdächtig“
Der Hörbuchabend im KuBa.
Beginn: 20 Uhr
26. August
Rettet das Vinyl - Spezial
„Vater & Sohn“
Beginn: 20 Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

Brost Gorjel,
es kimmt en
Blatzräje.